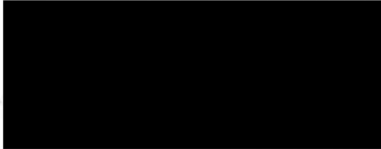




Auswärtiges Amt, Kurstraße 36 10117 Berlin



HAUSANSCHRIFT  
Werderscher Markt 1  
10117 Berlin

POSTANSCHRIFT  
Kurstraße 36  
10117 Berlin

TEL + 49 (0)30 18-17-6070  
FAX + 49 (0)30 18-17-53351

BEARBEITET VON



REFERAT: 505-IFG

IFG-Anfragen@diplo.de  
www.auswaertiges-amt.de

BETREFF **Informationsfreiheitsgesetz**  
HIER **Kommunikation Interministerielle Arbeitsgruppe Anpassung**  
BEZUG Ihre Anfrage vom 01.04.2019, unser Schreiben vom 12.04.2019,  
Ihr Schreiben vom 17.04.2019, unser Schreiben vom 15.05.2019,  
Ihr Schreiben vom 15.05.2019  
ANLAGE -1-  
GZ 505-511.E IFG 130-2019 (bitte bei Antwort angeben)

Berlin, 05.06.2019

Sehr geehrte



auf Ihre Anfrage auf Informationszugang nach dem Informationsfreiheitsgesetz des Bundes (IFG), mit der Sie die Übersendung sämtlicher interner und externer Kommunikation im Rahmen der Interministeriellen Arbeitsgruppe Anpassung (an den Klimawandel) beantragten, ergeht folgender

Bescheid:

Ihrer Anfrage bezüglich der internen Kommunikation wird weit überwiegend stattgegeben.

Dieser Bescheid ergeht kostenpflichtig.

Begründung:

Nach § 1 Abs. 1 Satz 1 IFG hat jeder nach Maßgabe des Gesetzes gegenüber Behörden des Bundes einen Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen, sofern nicht ein Ausschlussgrund nach dem IFG (§§ 3 – 6 IFG) dem entgegensteht.

Kein Zugang wird gewährt zu einer Verbalnote der Botschaft der Tschechischen Republik, da der Herausgabe § 3 Nr. 1 a IFG entgegensteht.

Die Herausgabe der Verbalnote könnte nachteilige Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Republik Tschechien haben (§ 3 Nr. 1 a IFG).

Der Ausschlussgrund des § 3 Nr. 1 a IFG schützt die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland sowie das diplomatische Vertrauensverhältnis zu ausländischen Staaten sowie zu zwischen- und überstaatlichen Organisationen. Es entspricht den diplomatischen Gepflogenheiten, Verbalnoten, die andere Staaten an die Bundesrepublik Deutschland richten, vertraulich zu behandeln und deren Inhalt unbeteiligten Dritten oder der Öffentlichkeit nicht zugänglich zu machen.

Das außenpolitische Ziel der Bundesregierung gegenüber der Republik Tschechien ist es, gute und vertrauensvolle Beziehungen zu unterhalten, da sie ein für Deutschland politisch, sicherheitspolitisch und wirtschaftlich gleichermaßen bedeutsamer Partner ist. Die tschechische Seite erwartet, dass sensible außenpolitische Anliegen nicht in der Öffentlichkeit, sondern innerhalb etablierter diplomatischer Kommunikationskanäle kommuniziert werden. Eine Offenlegung der Verbalnote könnte als Vertrauensbruch verstanden werden. Ein Vertrauensverlust in den Beziehungen würde die Erreichung von außenpolitischen Zielen in einer Vielzahl relevanter Fragen zuwiderlaufen und damit außenpolitischen Interessen der Bundesregierung schaden.

Durch eine Herausgabe der genannten Verbalnote im Rahmen eines IFG-Antrags würde zudem auch das Vertrauen der anderen hier ansässigen diplomatischen Vertretungen, ihre Korrespondenz mittels Verbalnote werde vom Auswärtigen Amt vertraulich behandelt werden, nachhaltig gestört. Die Herausgabe von Verbalnoten würde ein im diplomatischen Verkehr anerkanntes Vertrauen unterlaufen und dadurch dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland als vertrauenswürdiger Partner in den internationalen Beziehungen Schaden zufügen.

Ein Anspruch auf Herausgabe der Verbalnote besteht daher wegen § 3 Nr. 1 a IFG nicht, es kann Ihnen jedoch eine Zusammenfassung des Inhalts zur Verfügung gestellt werden.

Es werden Ihnen anliegend Kopien folgender Unterlagen übersandt:

- Unterlage vom 25. November 2011 für ein Hintergrundgespräch des Leiters von Abt. 4 für ein Hintergrundgespräch zur Klimakonferenz in Durban,
- Gesprächsunterlage vom 12. Januar 2012 für den Leiter von Abt. 4 für ein WDR Funkhausgespräch zum Thema Klimapolitik und Klimaethik,

- E-Mail vom 16. Mai 2016 der deutschen Botschaft Santiago de Chile zur Unterrichtung über die deutsch-chilenische Kooperation im Klimaschutz, inkl. Anhang,
- Staatssekretärsvorlage vom 5. Dezember 2014 zur Unterrichtung über das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020. Das in der Anlage befindliche Aktionsprogramm kann online als PDF abgerufen werden unter <https://www.bmu.de/publikation/aktionsprogramm-klimaschutz-2020/>
- E-Mail vom 2. Dezember 2015 zur Kabinettsache „Fortschrittsbericht DAS Klimawandel“,
- E-Mail vom 25. Januar 2016 mit Weisung für AStV in Brüssel,
- Mailanhang: Weisung für AStV vom 25. Januar 2016 mit Aufhebungsvermerk der VS NfD-Einstufung,
- E-Mail vom 8. November bzgl. einer tschechischen Démarche zum deutschen Klimaschutzplan.

Bezüglich der Unterlagen zur externen Kommunikation verweise ich auf das federführende BMU, siehe auch unseren Schriftwechsel vom 12.04.2019 sowie vom 17.04.2019.

#### Kostenentscheidung:

Die Kostenentscheidung beruht auf § 10 IFG. Danach werden für Amtshandlungen nach dem Informationsfreiheitsgesetz Kosten erhoben. Der von Ihnen beantragte Informationszugang überschreitet den Rahmen einer einfachen, gebührenfreien Auskunft. Es mussten Unterlagen zusammengestellt und geprüft sowie Schwärzungen von schützenswerten öffentlichen und privaten Belangen vorgenommen werden. Die Gebühren richten sich nach § 10 Abs. 3 IFG i.V.m. der Anlage Teil A, Ziff. 2.1 zur Informationsgebührenverordnung (IFGGebV). Der entsprechende Gebührenrahmen beläuft sich auf 15,00 Euro bis 125,00 Euro.

Die Gebührenerhebung soll nicht kostendeckend erfolgen und darf den Antragsteller/die Antragstellerin nicht in unzumutbarer Weise belasten, noch in einem groben Missverhältnis zu dem Wert der mit ihr abgegoltenen Leistung stehen. Zudem ist die Gebühr gemäß § 10 Abs. 2 IFG auch unter Berücksichtigung des Verwaltungsaufwandes so zu bemessen, dass der Informationszugang wirksam in Anspruch genommen werden kann. Daher werden die Gebühren u.a. nach der IFGGebV auf der Basis der in der Begründung zur IFGGebV enthaltenen pauschalen Personalkostensätze ermittelt, die 30,00 Euro für Mitarbeiter des mittleren Dienstes, 45,00 Euro für Mitarbeiter des gehobenen Dienstes und 60,00 Euro für Mitarbeiter des höheren Dienstes betragen.

Die Gebührenerhebung erfolgt auch unter Berücksichtigung des Verwaltungsaufwands und wird ins Verhältnis zu bereits getroffenen Gebührenentscheidungen gesetzt. Dabei wird unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung der Gebührenschuldner geprüft, inwiefern die jeweiligen Amtshandlungen vergleichbar sind. Der tatsächlich entstandene Verwaltungsaufwand übersteigt den letztlich in Ansatz gebrachten Aufwand bei Weitem.

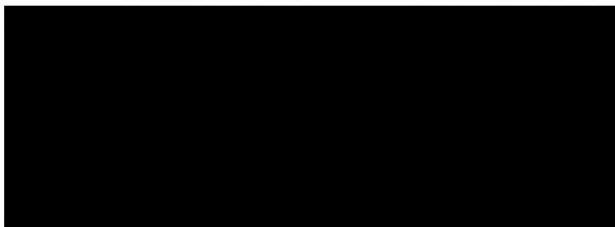
Unter Berücksichtigung dieses Verwaltungsaufwands und sämtlicher weiterer gesetzlicher Kriterien für die Gebührenbemessung wurde hier unter Ausübung des Ermessens, das dem Auswärtigen Amt bei der Gebührenfestsetzung der Gebühr innerhalb des einschlägigen Gebührenrahmens zusteht, eine Gebühr von 20,00 Euro (IFGGebV, Teil A, Ziffer 2.1.) festgesetzt, die sich im unteren Drittel des Gebührenrahmens bewegt.

**Bitte überweisen Sie den Gesamtbetrag i. H. v. 20,00 EUR innerhalb von 4 Wochen auf das Konto der Bundeskasse**

Deutsche Bundesbank, Filiale Leipzig  
BLZ 86000000  
Konto Nr. 86001040  
BIC: MARKDEF1860  
IBAN: DE38 8600 0000 0086 0010 40

Unter **Verwendungszweck** geben Sie bitte an: ZÜV 1095 0001 3294 505-IFG 130-2019

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag



Ihre Rechte (Rechtsbehelfsbelehrung):

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Auswärtigen Amt in Berlin oder Bonn erhoben werden

**Betreff:** Hintergrundgespräch D4 zu Durban am 28.11.2011

### **Bedeutung der Klimakonferenz in Durban**

- Angesichts von Wirtschafts- und Finanzkrisen in Europa und USA, Unruhen in Nordafrika und steigender Spannungen im Nahen Osten drohte Klimawandel bis vor Kurzem aus Wahrnehmung der Öffentlichkeit zu verschwinden. Durban hat dies geändert, in den Medien finden sich wieder viele Beiträge zum Thema.
- Nicht richtig ist, dass Durban die letzte Bewährungschance der Klimaverhandlungen ist. Wer das sagt, wird in zwei Wochen vermutlich sagen, man habe es ja schon immer gewusst. Ich finde, das Thema ist zu ernst, als dass man es leichtfertig auf kurzfristige Ergebnisse reduziert.
- Auch nach Durban gilt: der Klimawandel geht weiter, aber auch die Klimaverhandlungen werden fortgesetzt. Es lohnt sich also, sehr genau hinzusehen, was da passiert. Gut, dass wir heute Gelegenheit haben, dies zu tun.

- **EU-Position zu Durban**

- EU Umweltrat hat am 10. Oktober in Ratschlussfolgerungen (indossiert vom ER am 23.10) Offenheit für eine 2. Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls (KP) als Teil eines umfassenden Ansatzes bestätigt. Außerdem erwarten wir klaren Fahrplan für Verhandlung eines umfassenden Abkommens, unter Einbeziehung aller großen Emittenten, denn EU trägt nur mit weniger als 16% zu den weltweiten Emissionen bei, Tendenz abnehmend. Alleine können wir das 2° Ziel nicht erreichen.
- Nach wie vor gilt: EU ist bereit, unter bestimmten Umständen ihr Reduktionsziel von derzeit -20% auf -30% zu erhöhen, wenn anderen große Emittenten mitziehen. In der EU gibt es noch keinen Konsens für eine unconditionierte Erhöhung des EU-Minderungsziels (GBR, DAN dafür, u.a. POL, ITA dagegen).
- Die EU tritt mit dieser Position als einzige Verhandlungsgruppe in Durban völlig transparent auf.

*(Zwischen Ressorts besteht Dissens: BMU propagiert 30%, BMWi befürchtet weitere Anhebung des nationalen Zieles und damit Wettbewerbsverzerrungen, andere große Volkswirtschaften müssten vergleichbare Minderungsangebote machen. Es ist vereinbart das Ergebnis des KOM Impact Assessment abzuwarten.*

- Reaktiv:

- Die EU Kommission plant Anfang 2012 die Ergebnisse eines Impact Assessments vorzulegen, das die Wirkungen einer Erhöhung auf 30% für jeden Mitgliedsstaat analysiert.
- Über die Nutzung überschüssiger Emissionsrechte (AAUs, „hot air“) aus der 1. VP gibt es keine Einigung. Die vermittelnde Formulierung der Ratschlussfolgerungen will sowohl die Umweltintegrität wahren (keine weitere Nutzung) als auch den Anreiz für Minderungen über die Ziele hinaus aufrecht erhalten (wichtiger Punkt und andere osteuropäische MS, daneben besonders für RUS).

### Positionierungen der anderen Akteure

- Wir haben unsere Botschaften bei wichtigsten Akteuren Interessenslage und Verhandlungspositionen abfragen lassen. Demarchen gemeinsam mit Kollegen aus Großbritannien, EU-Vertretungen, der EU-Ratspräsidentschaft und, wo möglich, auch anderen EU-Partnern.
- Die vom Klimawandel am stärksten betroffenen Inselstaaten (AOSIS) und viele LDC fordern zweite Verpflichtungsperiode des KP. Darüber hinaus treten sie wie EU für umfassendes, rechtverbindliches Abkommens ein, das alle großen Emittenten umfasst.
- ZAF, BRA und viele mittel- und lateinamerikanische Staaten zeigten sich offen für die von DEU/EU präferierte Übergangslösung zwischen dem Ende ersten KP-Verpflichtungsperiode und der Unterzeichnung eines globalen Abkommens.
- Die USA dagegen präferieren - wie China - einen "bottom-up" Ansatz: Freiwillige nationale Ziele und deren Einhaltung sollen transparent gemacht werden, aber ohne internationale Rechtsverbindlichkeit. Die USA würden rechtverbindliches Abkommen nur dann mittragen, wenn alle Staaten, auch EL, auf gleiche Art verpflichtet würden (völkerrechtliche Symmetrie). Die Höhe der Ziele könnte sich dann unterscheiden. Minderungszusagen der USA sind angesichts der innenpolitischen Lage nicht zu erwarten, national wurde das Ziel -17% bis 2020 gegenüber 2005 genannt.
- CAN, JAP und auch RUS sind weiterhin gegen zweite Verpflichtungsperiode, wenn andere große Emittenten wie die USA und CHN keinen Beitrag leisten. Derzeit wird viel spekuliert, inwieweit diese ablehnende Haltung durchgehalten werden kann.
- Hardliner wie Saudi Arabien, Bolivien und zur Zeit auch Indien machen keine Zugeständnisse. Die zweite Verpflichtungsperiode des KP ist für diese Länder *conditio sine qua non*. Darüber hinaus müsse die Frage der Klimagerechtigkeit und der historischen Verantwortung der Industrieländer für den Klimawandel geklärt werden.
- Gruppe der BASIC-Länder tritt nach außen als Block auf. Wenn man genau hinschaut, ist dies differenzierte Gruppe: ZAF ist als COP-Präsidentschaft an Erfolg in Durban interessiert. Brasilien will Verantwortung als global Player auch außenpolitisch gerecht werden, China signalisiert Bereitschaft zu Verhandlungen – wenn auch erst ab 2015. Und Indien nimmt unter neuer Umweltministerin alte Fehde zwischen Industrie- und (ehemaligen) Entwicklungsländern wieder auf.
- G 77 treten zwar mit offiziellen Positionen an Öffentlichkeit, innerhalb dieser Gruppe besteht aber keine Einigkeit.. Sehr deutlich wurde dies bei Debatte im VN-Sicherheitsrat zum Thema Klimawandel und Sicherheit: die von ARG im Namen der G77 vorgetragene kritische Stellungnahme wurde von vielen G77 weder übernommen noch unterstützt.
- Wir haben den Eindruck, dass besonders bei kleineren Ländern der dritten Welt, die mit der Komplexität der Folgen des Klimawandels teilweise überfordert sind, die klimapolitischen Positionen oft nicht auf Grundlage belastbarer Fakten, nüchterner Interessensanalyse oder gar in Würdigung des globalen Ziels des Klimaschutzes definiert werden, sondern andere Faktoren, häufig auch erratische oder irrationale Motive eine Rolle spielen.

- Ein Ziel unserer klima-außenpolitischen Arbeit ist es also auch, hier Transparenz, eine klare Daten- und Faktenlage und vor allem einen vernünftigen langfristigen Interessensabgleich in den jeweiligen Ländern zu erzielen.

*Nach dem grundlegenden UNFCCC-Prinzip der „gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung und Kapazitäten“ der Vertragsstaaten, machen sogenannte Nicht-Annex-I-Länder (Entwicklungs- und Schwellenländer) nur freiwillige Minderungsangebote. Rechtsverbindliche Minderungsverpflichtungen gibt es zur Zeit nur für sogenannte Annex-I-Länder unter dem Kyoto Protokoll. Dessen erste Verpflichtungsperiode läuft Ende 2012 aus. Diese Dichotomie der Welt, die die Situation in der ersten Hälfte der 90er Jahre wider spiegelt, ist nicht mehr zeitgemäß und steht Lösung des Klimaproblems im Wege. Diese Einteilung lebt aufgrund Verhandlungsdynamik fort. Moderne Länder wie Südkorea (und auch Israel) denen bei Verabschiedung der UNFCCC 1992 noch der Status von Entwicklungsländern (Non-Annex-I) zuerkannt wurde, ringen heute um Ihre Position zwischen technologischen Ambitionen und globaler (Mit-) Verantwortung, beharren aber auch aus wirtschaftspolitischen Kalkül darauf, als EL behandelt zu werden. Klar ist aber: in der Welt der Klimapolitik spielt die Musik heute zunehmend in den Schwellenländern. Ohne einen entscheidenden Beitrag – auch Minderungsbeitrag - dieser Wachstumsregionen, die zugleich zu den größten Emittenten von Treibhausgasen gehören, ist keine Lösung des Klimaproblems möglich.*

### **Erwartbares Ergebnis**

- Durban ist aus EU-Sicht dann ein Erfolg, wenn ein ausgewogenes Paket von Entscheidungen erzielt wird, nur einzelnen dieser drei Punkte genügen nicht:
  1. Umsetzung der Beschlüsse von Cancún, insb. die Operationalisierung des Green Climate Fund, der ab 2020 jährlich 100 Mrd. für Klimaschutz verwalten soll.
  2. An Bedingungen geknüpfte Weiterführung des Kyoto-Protokolls über erste Verpflichtungsperiode hinaus einschließlich seiner Instrumente und Richtlinien sowie
  3. Entscheidung zur Verhandlung eines Rechtsinstruments unter der Klimarahmenkonvention mit klaren Zeitvorgaben.

### Hintergrundinformation - Elemente des Paketes für die EU im Einzelnen :

1. Umsetzung der Entscheidungen von Cancún, insb.
  - die Operationalisierung des neuen globalen Klimaschutzfonds
  - die Einrichtung weiterer neuer Klimainstitutionen (Anpassungskomitee, Technologie-Exekutivausschuss, Technologie-Netzwerk, Standing Committee für Klimafinanzierung),
  - die Vereinbarung von Regeln für mehr Transparenz von Klimaschutzmaßnahmen und deren Finanzierung (sog. MRV),
  - weitere Schritte zur Operationalisierung des Waldschutzmechanismus,
  - ein Arbeitsprogramm zur langfristigen Klimafinanzierung (Quellen und Aufwuchspfad), nach Auslaufen der Fast-Start-Periode 2012,
  - das Festlegen des Langfristziels für 2050 (Operationalisierung der 2 Grad Obergrenze),
  - die Bestimmung eines Scheitelpunkts („Peaking“) der globalen Emissionen (EU: „nicht später als 2020“),
  - das Beschließen von neuen Marktmechanismen, die jenseits der Projektebene – also auf sektoraler Ebene - operieren und einen eigenen Minderungsbeitrag der Entwicklungsländer enthalten sowie

- *Ausgestaltung des Überprüfungsprozesses 2013-15.*
- 2. *Weiterführung des Kyoto-Protokolls durch Entscheidungen, die*
  - *die Institutionen und Instrumente (insb. die flexiblen Mechanismen CDM und JI, die Berichterstattungspflichten) des KP auch nach einer ersten VP fortbestehen lassen*
  - *die Minderungsziele von Cancún zum Teil einer zweiten Verpflichtungsperiode machen*
  - *verbesserte Regelungen für Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF) und zum Umgang mit überschüssigen Emissionszertifikaten aus der ersten Verpflichtungsperiode treffen*
- 3. *Die Vereinbarung eines Fahrplans zur Verhandlung eines Rechtsinstruments unter der Klimarahmenkonvention mit klaren Zielen und Zeitvorgaben*
- 

- Darüber hinaus muss es in Durban auch um Ambitionsniveau gehen: Klimaschutz kann nicht auf Klimaschutzabkommen warten. Dies haben Staaten in Cancún anerkannt und sich Ziele im Klimaschutz für die Zeit nach 2012 gesetzt.
- Zwei Beispiele: China hat in laufenden 5 Jahres Plan Ziel verankert, CO2-Emissionen um 40-45 Prozent pro BIP-Einheit bis 2020 gegenüber 2005 zu senken und Kohlenstoffmärkte zu erproben. Mexiko hat in Klimaschutzplan Ziel gesetzt, bis 2050 seine Emissionen um 50 Prozent gegenüber dem Jahr 2000 zu senken.
- Auch Deutschland handelt: Ziel gesetzt, Treibhausgasemissionen um 40% gegenüber 1990 bis 2020 zu mindern und mit Energiekonzept entsprechende Maßnahmen entwickelt und beschlossen. Deutschland will mit Wandel zu einer kohlenstoffarmen Gesellschaft seine Innovationskraft nutzen, Investitionen ausbauen und auch Wettbewerbsfähigkeit stärken.
- Wichtig ist: Der in Cancún vereinbarte Überprüfungsprozess 2013-2015 soll dazu dienen, die Lücke, die zwischen den tatsächlichen Aktivitäten und den Erfordernissen besteht, zu evaluieren und notwendige Maßnahmen abzuleiten.
- Die Zeit drängt. Ich bin davon überzeugt: wir können es uns auch wirtschaftlich nicht leisten, den Klimawandel erst dann zu bekämpfen, wenn er noch drastischere Effekte zeigt. Wir müssen präventiv handeln und wir müssen heute anfangen, uns auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft umzustellen. Das hat für mich nichts mit Verzicht zu tun, sondern vielmehr mit innovativer Technologie, vernünftigen Marktanzügen und fairen Wettbewerbsbedingungen.

### **Klima-Außenpolitik**

- Klimapolitik ist zentrale Globalisierungsaufgabe und wichtiger Faktor präventiver Außenpolitik. Klimawandel kann sich auf Sicherheit und Stabilität weltweit auswirken und hat direkte Bezüge zu Energiesicherheit, Wasser- und Nahrungsmittelknappheit, Überbevölkerung, Migration.
- Klimawandel ist damit Aufgabe der Außenpolitik. BM Westerwelle in Rede vor der VN-GV am 26.9.2011 erklärt: „Deutschland wird auch künftig an der Spitze des Kampfes gegen den Klimawandel stehen. Wie die Abrüstung und nukleare Nichtverbreitung, wie der Schutz der Menschenrechte gehört der Kampf für den Klimaschutz zu einer präventiven Diplomatie. Er ist Teil einer vorausschauenden Friedenspolitik.“



- Viele Fragen stellen sich: Wohin geht ein Staatsvolk, wenn sein Territorium unbewohnbar wird? Was passiert mit seinen materiellen und kulturellen Gütern, den ausschließlichen Wirtschaftszonen? Wie gehen wir mit Klimaflüchtlingen um? Schon heute sehen wir, dass Verknappung von Wasser und Nahrungsmitteln oder extreme Wetterereignisse zu letztlich klimabedingten Destabilisierung führen.
- Interessenausgleich: Es bedarf eines belastbaren Interessenausgleichs zwischen großen und kleinen CO2-Emittenten, Industrie- und Entwicklungsländern, zwischen vulnerablen Staaten und den klimatisch robusteren Staaten, zwischen Lieferanten fossiler Energieträger und deren Verbrauchern (z.B. neues Business-Modell für Ölexportierende Staaten).
- Worum geht es also bei Klima-Außenpolitik? Drei Kernbereiche der Klima-Außenpolitik:
  1. Unterstützung der Klimaverhandlungen:
  2. Eintreten für ambitionierte Klimapolitiken weltweit- auch außerhalb der UNFCCC-Verhandlungen.
  3. Befassung mit den außenpolitischen Herausforderungen des Klimawandels im engeren Sinne.

#### Bisherige Maßnahmen:

- Befassung der EU-Außenminister: Mit der von Deutschland und Großbritannien initiierten Befassung Rates für Außenbeziehungen am 18. 7. 2011 wurde erste Kodifizierung der Klima-Außenpolitik erzielt und Mandat für EAD erteilt. EU ist aufgerufen, systemische Risiken, die aus Klimawandel resultieren, zu minimieren, bevor Krisen ausgelöst werden und die Transformation hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft auch als Aufgabe der Außenpolitik zu begreifen.
- Befassung des VN-Sicherheitsrates: VN-SR beschloss am 20. Juli auf deutsche Initiative in der größten offenen Debatte in der Geschichte der VN, dass Klimawandel eine Bedrohung für Frieden und Stabilität sein kann. Der Generalsekretär wurde aufgefordert, in Berichterstattung an Sicherheitsrat auch Klimawandel und seine Auswirkungen einzubeziehen.
- Klimafonds der Auslandsvertretungen: Aus Mitteln des Sondervermögens Energie und Klimafonds haben Auslandsvertretungen erstmals eigene Projektmittel (2,0 Mio. Euro, Aufwuchs in kommenden Jahren) für konkrete Maßnahmen erhalten. Damit konnten schon in der Anlaufphase über 50 Projekte an 31 Auslandsvertretungen durchgeführt werden

#### Beispiele:

- Konferenz der deutschen und britischen Botschaften Moskau zu "The Economics of Climate Change and Energy Efficiency" im Oktober 2011
- Workshops in Polen, Malaysia und Kenia zur Transformation in eine kohlenstoffarme Wirtschaft
- Besuche in Deutschland für brasilianische Parlamentarier und hochrangige Regierungsvertreter pazifischer Inselstaaten in November 2011
- Klaus-Töpfer-Nachhaltigkeitspreis des GK Shanghai

- Projektzyklus „Klima und Sicherheit“ im Sinne präventiver Diplomatie. Klimawandel durchaus vergleichbar mit der Bedrohung des Kalten Kriegs im 20. Jahrhundert:

Wirbelstürme und Überschwemmungen können ganze Landstriche verwüsten, Dürren können zu Massenwanderungen führen, Meeresspiegelanstieg lässt ganze Territorien verschwinden. Am 10./11. Oktober 2011 hat AA auf Einladung StM in Pieper gemeinsam mit aus über 30 Staaten stammenden Teilnehmern bei internationaler Konferenz „Climate Diplomacy in Perspective - From Early Warning to Early Action“ weitere konkrete Schritte zu diesem Thema entwickelt. Großbritannien plant Folgeveranstaltung für erstes Halbjahr 2012. Ergänzend hat AA mehrere gezielte Regionaldialoge und verstärkte bilaterale Bemühungen angestoßen.

- Großbritannien ist auf dem Gebiet der Klima-Außenpolitik ein enger Partner Deutschlands. Aufbauend auf dem Briefwechsel zwischen AM Hague und BM Westerwelle vom November 2010 haben beide AM erfolgreich mehrere Initiativen angestoßen und umgesetzt.
- Engerer Schulterschluss von Wissenschaft und Politik: Erstmals veranstaltete AA am 11.11.2011 gemeinsam mit Ressorts und Vertretern der Klimawissenschaft Briefing-Veranstaltung für Botschaften, Think Tanks, NGOS und Medien über aktuellen Stand der Forschung und der Politik vor Durban.
- Gemeinsame weltweite Demarchenaktion der AV'en Deutschlands, Großbritanniens, EU-Präsidentschaft, des EAD und anderer EU-Partner im Vorfeld von Durban ist greifbare Realisierung der Beschlüsse des RfAB.

### **Mein Programm in Durban**

- Gespräche im Kontext der Konferenz. Bundesregierung und EU reisen mit ambitionierten Verhandlungspositionen nach Durban. Ich will beitragen, diese Positionen gerade gegenüber klimaskeptischen Staaten darzustellen und für größere Anstrengungen bei Klimaschutz und CO<sub>2</sub>-armer Wirtschaft werben. Ich werde gegenüber G77 Staaten für Klimaschutz eintreten. Noch mehr Regierungen müssen begreifen, dass effizienter Klimaschutz auch in ihrem eigenen Interesse ist, im Interesse ihrer Volkswirtschaften und im Interesse ihrer Bevölkerung.
- Wir werden gemeinsam mit britischen Partnern eine Veranstaltung zur Klima-Außenpolitik durchführen. In einer „German Hour“ am Deutschen Stand in Durban werde ich die deutsche Klima- und Energie-Außenpolitik erläutern.
- Die Gesamtthematik ist auch für die deutsche Wirtschaft von Belang - der Deutsche Stand oder Deutsche Pavillon in Durban ist übrigens gemeinsam von BDI und Bundesregierung (BMU, BMZ, AA) eingerichtet. Gerade bei Umwelttechnologie, Erneuerbaren Energien, ressourcenschonendem Wassermanagement, Management von klimarelevanter Naturgebieten wie Wäldern und Feuchtgebieten hat Deutschland viel Expertise und konkrete Lösungen zu bieten. Sie kann wichtige Beiträge weltweit leisten. Daher werde ich in Durban auch mit Unternehmensvertretern zusammen treffen.
- Außerdem werde ich mich mit den Nichtregierungsorganisationen austauschen. Sie spielen eine wichtige Rolle bei der Priorisierung der Klimapolitik, gerade in Entwicklungs- und Schwellenländern von der Karibik bis nach China. In den komplexen Politikbildungsprozessen aufstrebender Mächte wie Brasilien, Mexiko, Indien und China sind die NROs nicht zu unterschätzende Treiber.

- Wichtig ist mir enge Abstimmung mit Kollegen etwa aus EU und G20-Staaten, aber auch den Schwellenländern. Diese Gespräche sind nützliche Mosaiksteine im Klimadiplomatie-Puzzle.
- Daneben werden wir weitere Projekte mit der Öffentlichkeit durchführen, darunter eine Ausstellung über klimawandelinduzierte Sicherheitsrisiken.
- Last but not least: Mit Ihnen bzw. Ihren Kollegen, die in Südafrika vertreten sind, treffe ich mich auch sehr gerne dort zu einem weiteren Gespräch. Wir hatten schon mal den Donnerstag Abend (8.12.) hierfür reserviert. Einzelheiten können gern über unseren Pressereferenten an der Botschaft Pretoria, Herrn Friedrich Schröder, erfragt werden.



## Gesprächsunterlage D 4

### WDR-Funkhausgespräch zum Thema

#### Klimapolitik/Klimaethik am 12.01

mit Prof. Dr. Bernhard Gesang und Prof. Dr. Claus Leggewie

#### Fragestellungen:

- a) *Generationengerechtigkeit: Pflichten heutiger ggü. folgenden Generationen (Prof. Gesang),*  
b) *Bedeutung demokratischer Systeme im Klimaprozess, sind neue demokratische Institutionen erforderlich? (Themen von Prof. Leggewie).*

#### Inhalt

#### 1. Positionen der BReg in der Klimapolitik

- 1.1. Hintergrund
- 1.2. Durban
- 1.3. Über Durban hinaus
- 1.4. Engagement auf europäischer und nationaler Ebene

#### 2. Klimaaußenpolitische Initiativen mit Beispielen

- 2.1. Hintergrund
- 2.2. Aufgaben
- 2.3. Maßnahmen

#### 3. Hintergrund zu den anderen Diskussionsteilnehmern

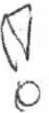
#### 4. Informationen zu den Themen Klimaethik und Generationengerechtigkeit

- 4.1. Maßnahmen der Bundesregierung
- 4.2. Generationengerechtigkeit
- 4.3. Klimaethik, Klimademokratie

#### 1. Positionen der BReg in der Klima-Außenpolitik

##### 1.1. Hintergrund

- Spätestens seit dem Stern-Report - und der World Energy Outlook der IEA bestätigte dies Ende 2011 - wissen wir: Das Engagement für den Klimaschutz mag viel Geld und Mühe kosten, Untätigkeit oder zu spätes Handeln aber kommt uns mit Sicherheit teurer.
- Die Bedrohungen sind bekannt: Wir sind dem Wetter, das wir haben, fast machtlos ausgesetzt. Dämme, Dächer, Heizungen und Klimaanlage sind fast unsere einzigen Mittel, uns vor dem Wetter zu schützen. Gerät das Klima aus den Fugen, so haben wir ein Problem. Wie zerstörerisch schwere Stürme und Flutkatastrophen sein können – die Wissenschaft nennt dies Extremwetterereignisse - können wir täglich in den Medien erfahren. Aber auch steigende Meeresspiegel, Gefährdung der Nahrungsmittel-, Wasser- und Energieversorgung, und schließlich klimabedingte Wanderungsbewegungen und regionalen Konflikte sind große politische Herausforderungen, die auch im Blickpunkt der Außenpolitik stehen.
- Ich will es einmal sehr verkürzt sagen: Außenpolitik ist Friedenspolitik. Diesen Frieden zu bewahren angesichts heraufziehender massiver Veränderungen unserer physikalischen Umwelt ist



eine besondere Form präventiver Außenpolitik.

- Für nahezu alle Entwicklungsländer hat Armutsbekämpfung Priorität. Deshalb heißt es: Wirtschaftliche Entwicklung und Klimaschutz dürfen keine Gegensätze sein, Schwellenländer, die mehr und mehr ökonomisches Gewicht erlangen, wollen natürlich auch ihre Wettbewerbsfähigkeit bewahren. Und die Industrieländer wollen auch ihr Wohlstandsniveau sichern und müssen lernen, dies vorbildhaft mit geringerem Ressourcenverbrauch zu schaffen.
- Hier geht es auch um klimatische und wirtschaftliche Fairness: Was wir brauchen, ist ein Entwicklungspfad, der langfristig zu einer Angleichung der weltweiten Pro-Kopf-Emissionen führt und gleichzeitig wirtschaftliche Entwicklung möglich macht. Um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen, wäre ein weltweites CO<sub>2</sub>-Emissionsniveau von etwa zwei Tonnen pro Kopf nötig - derzeit emittieren wir in der EU im Durchschnitt etwa 10 Tonnen pro Kopf und Jahr. Das heißt, alle haben hier eine riesige Aufgabe zu lösen. Das Vorbild müssen wir Industrieländer sein.

## 1.2. International/Durban

- Auf internationaler Ebene setzt sich DEU daher weiter für ein umfassendes, effektives Klimaschutzabkommen ein. In Durban sind wir wichtige Schritte in diese Richtung gegangen.
- Natürlich wissen wir, dass vor allen Dingen die Industrieländer in der Verantwortung sind. Dieser Verantwortung sind wir in Durban nachgekommen: Mit der Entscheidung zur zweiten Verpflichtungsperiode unter dem Kyoto Protokoll, wie auch mit unserem Engagement für den Green Climate Fund, das Anpassungskomitee und die Mechanismen für den Technologietransfer. Hier hat insbesondere die EU ein positives Beispiel gesetzt, denn letztlich ist sie der letzte verbleibende große Akteur, der den Minderungsverpflichtungen einer zweiten Phase des Kyoto-Protokolls zugestimmt hat.
- Aber wir wissen auch: Angesichts der rasanten Entwicklung der Schwellenländer können die Industrieländer das Ziel, die Erderwärmung nicht höher als um zwei Grad ansteigen zu lassen, allein nicht erreichen. Selbst wenn alle OECD-Staaten einschließlich der USA morgen kein Gramm Kohlendioxid mehr in die Atmosphäre abgeben würden, wäre eine Erderwärmung von mehr als 2 Grad nach heutigen Berechnungen nicht abzuwenden. Die Entscheidung zur Aushandlung eines wirklich globalen Abkommens ist daher von größter Bedeutung. Das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung hat für uns nach wie vor Gültigkeit. In Durban konnten wir diese Verantwortung weiter in gemeinsames Handeln übersetzen.
- Wir haben uns von Durban ehrgeiziger Ziele erhofft, was das Ambitionsniveau angeht wie auch die Transparenzregeln.

### 1.3. Über Durban hinaus

- Die Bundesregierung arbeitet weiter an der Erreichung dieser Ziele, in- und außerhalb des Verhandlungs-Prozesses: Wir haben eine Partnerschaft zu Monitoring, Reporting und Verification (MRV) ins Leben gerufen und beteiligen uns an einer Anpassungspartnerschaft, die Costa Rica, Spanien und die USA beim ersten Petersberger Klimadialog in 2010 Bonn ins Leben gerufen haben.
- Auch die globale Partnerschaft zum Schutz der tropischen Wälder ist auf einem guten Weg. Über 70 Länder sind daran beteiligt. Guyana und Deutschland haben 2011 den Ko-Vorsitz dieses wichtigen Vorhabens gemeinsam erfolgreich gemeistert. Das deutsche Engagement bei „REDD+“ zeichnet sich auch durch erheblichen finanziellen Mitteleinsatz aus. Rund 30 Prozent Klima-Soforthilfe, des sogenannten „Fast-Start“-Beitrags stellen wir für den Waldschutz zur Verfügung. Das sind 350 Millionen Euro im Zeitraum 2010 bis 2012. *in 1. und 2. Jahr*
- Ab 2012 werden sämtliche Einnahmen aus der Versteigerung der Emissionszertifikate im europäischen Bereich in unseren Energie- und Klimafonds fließen. Sie kommen zum Beispiel der internationalen Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums und auch dem Klimafonds des Auswärtigen Amts (dazu mehr unter 2.) zugute.
- Auf internationalem Parkett investieren wir ziemlich viel Zeit in die Frage: Wer trägt wofür welche historische Verantwortung, wer übernimmt welche Lasten? Das sind wichtige Fragen, die auch die ethische Diskussion des internationalen Klimaschutzes reflektieren. Natürlich muss das geklärt werden und niemand will sich hier herausreden. **Aber uns läuft die Zeit davon.** Wir müssen daher vor allen Dingen auch sehen, dass wir alle dem Wachstum der Emissionen mit konkreten Maßnahmen Einhalt gebieten.
- Deshalb ist es wichtig, nicht nur auf die nächste Klimakonferenz in Doha zu schauen, sondern auch die nächste Weltnachhaltigkeitskonferenz „Rio 2012“. Seit dem Erdgipfel in Rio 1992 sind wir in vielen Bereichen vorangekommen, aber der Fortschritt ist an vielen Stellen – wie die Bundeskanzlerin sagte - doch eher eine Schnecke. Mehr Engagement, ein größerer politischer Wille und mehr wirksame Taten sind erforderlich, um den Begriff der „Nachhaltigkeit“ umzusetzen.

### 1.4. Auf europäischer und nationaler Ebene

- Deutschland hat nach Fukushima eine breite Energiediskussion geführt und sich eine große Aufgabe gestellt: **Einen wirklichen Wandel unserer Energieversorgung.** Wir wollen zeigen, dass es auch ohne Nuklearenergie geht. Es geht vor allen Dingen darum, als Industrieland auch im Zeitalter der erneuerbaren Energien Wohlstand zu erhalten. Das ist die Aufgabe für

Deutschland in den nächsten Jahren. Wir sind uns sicher, dass wir das schaffen können. Aber wir wissen auch, dass wir dafür noch viele Anstrengungen unternehmen müssen und dass dies nicht nur ein paar Politiker machen können, sondern **dass dies eine Entwicklung sein muss, die von allen in der Gesellschaft getragen**

- Die deutschen und die europäischen Zielsetzungen sind ambitioniert. Der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Energieverbrauch soll bis 2050 auf 60 Prozent wachsen, der Anteil am Stromverbrauch auf 80 Prozent. Wir haben heute einen Anteil von ~~10~~ 17 Prozent der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien. Wir wollen das bis 2020 auf 35 Prozent in etwa verdoppeln.
- Wir wollen bis 2020 die Treibhausgasemissionen in Deutschland um 40 Prozent gegenüber 1990 reduzieren. Die EU hat das Ziel der Emissionsminderung von 80-95 Prozent bis 2050 gegenüber 1990.
- Für uns bedeutet das einerseits große Anstrengungen innerhalb des eigenen Landes, aber andererseits auch eine Verstärkung der bilateralen Zusammenarbeit im Bereich der kohlenstoffarmen Entwicklung, also bei Leuchtturmprojekten und Technologieinitiativen sowohl im nationalen Bereich als auch mit Partnern – Industrieländer ebenso wie Schwellen- und Entwicklungsländer.

## **2. Klimaaußenpolitik mit Beispielen**

### **2.1. Hintergrund**

Der Klimawandel ist eine der zentralen politischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Hier geht es um ein Problem, dessen Komplexität und Tragweite alle Fragestellungen übersteigt, mit denen die Weltgemeinschaft bisher konfrontiert war. Auf Grund seines Facettenreichtums berührt dieses Probleme eine Vielzahl von Politikbereichen - Energie-, Wirtschafts- Sicherheits-, Sozial-, Entwicklungs- und natürlich Umweltpolitik. Die mit dem Klimawandel verbundenen Herausforderungen sind daher zutiefst auch außenpolitisches Aufgabe. Nur die Außenpolitik kann eine kohärente Herangehensweise garantieren, die all diese Politikbereiche im Blick behält.

### **2.2. Aufgaben**

- Unabhängig davon, wie wir das Ergebnis von Durban beurteilen, liegt noch viel Arbeit vor uns. Unsere Aufgaben als Außenpolitiker kann ich unter drei Überschriften Zusammenfassen:
- **2.2.1. Klimadiplomatie zur Unterstützung der Klima-Verhandlungen**. Hier stehen auf den ersten Blick die Expertenverhandlungen im Vordergrund. Sie sind aus unserer Sicht unverzichtbar. Die außenpolitische Unterstützung bezieht sich auf den Meinungsbildungsprozess der



Vertragsstaaten auf nationaler Ebene: Hier findet der Interessenausgleich zwischen Finanz-  
Wirtschafts-, Sicherheit-, Sozial- und Gesundheitspolitik statt. Klimadiplomatie baut Brücken. Sie bemüht sich um den Ausgleich dieser Interessen, die Förderung aktiver Stakeholder auf allen Ebenen und um Antworten auf die Fragen der Skeptiker. Unseren Auslandsvertretungen kommt dabei eine zentrale Rolle zu: Sie analysieren die nationalen Politiken, um den  
Meinungsbildungsprozess dann gezielt beeinflussen zu können. Nach Durban ist es also unser Ziel, den Verhandlungsprozess so zu beeinflussen, dass wir uns 2015 auf ein anspruchsvolles  
umfassendes Klimaschutzabkommen einigen, das diesen Namen verdient.

- 2.2.2. Die zweite Aufgabe basiert auf der Einsicht, dass einige Vertragsstaaten zur Zeit nicht  
bereit sind, sich international zu Emissionsminderungen zu verpflichten. Gleichzeitig zeigen diese Ländern oder einzelne Akteure in solchen Ländern bemerkenswertes Engagement, ambitionierte Klimaschutzziele auf nationaler Ebene zu verfolgen. Wir wollen dazu beitragen, das Anspruchsniveau auch parallel zum UNFCCC-Prozess zu erhöhen. So wie auch Deutschland und die EU sich Ziele gesetzt haben, die über ihre Kyoto-Verpflichtungen hinaus gehen.
- 2.2.3. Die dritte Aufgabe legt eine düsterere Sicht der Dinge zu Grunde, doch wir müssen auch diese Analysen, die uns die Wissenschaftler vorlegen, ernst nehmen: Um 0.8 – 0.9°C hat sich die  
globale Temperatur im Durchschnitt bereits erhöht. Selbst wenn wir jetzt aufhörten Treibhausgase zu emittieren, würden noch mindestens 0.5°C hinzukommen. Mit dem Klimawandel ändern wir zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte unsere physische Daseinsgrundlage mit einschneidenden Folgen in allen Bereichen: Meeresspiegelanstieg,  
Nahrungsmittelproduktion, extreme Wetterereignisse, neue Konfliktherde und Migrationswellen sind nur einige Beispiele. Unsere bisherigen Regeln für ein friedliches internationales Zusammenleben beruhten auf einer stabilen Umwelt. Geografische Grenzen, Fischereirechte,  
Wasserläufe sind in Zukunft keine gegebenen Faktoren mehr. Klimawandel erfordert also ein Neu-Denken von Grundprinzipien von geopolitischer Bedeutung: Dies betrifft das Seerecht, die Wassernutzung, die Nutzung ausschließlicher Bewirtschaftungszonen von versunkenen Gebieten.
- Was wir brauchen ist eine präventive, weitsichtiger Außenpolitik, die Antworten auf diese Fragen entwickelt. Es handelt sich um eine weitgespannte Bewältigung der massiven globalen Veränderungen um ein geopolitisches Change Management.
- Vergessen wir nicht: effektiver Klimaschutz verlangt weltweit eine Umstellung unserer

Volkswirtschaften hin zu kohlenstoffarmen Verfahren und Strukturen. Diese große Transformation, wie sie der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung bezeichnet, mag uns heute revolutionär erscheinen. Ich bin mir aber sicher, dass künftige Generationen diese Transformation als zwingend und folgerichtig bewerten werden. Eine solche Umstellung hat übrigens nichts mit Verzicht, sondern mit intelligenten Technologien, mit Effizienz des Energie- und Rohstoffeinsatzes und sicherlich auch mit lebenswerter Umwelt zu tun.

- Diese Transformation hin zu einer kohlenstoffarmen Weltwirtschaft zu leisten ist eine historische Aufgabe:
- Sie ist zeitkritisch, denn wir müssen möglichst rasch eine Senkung der absoluten weltweiten Treibhausgasemissionen erzielen, möglichst schon vor 2020.
- Sie ist weltumspannend, denn es geht um ein mehr oder weniger abgestimmtes Vorgehen von 200 Staaten und mehr als 7 Milliarden Menschen.
- Und sie ist tiefgreifend, denn wir müssen neue Wege gehen und mutige Entscheidungen treffen, die uns heute schon große Investitionen und Anstrengungen abverlangen.

### 2.3. Maßnahmen

Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, hat das Auswärtige Amt im Jahr 2012 internationale und bilaterale Initiativen auf verschiedenen Ebenen ergriffen:

Am 20.7. 2011 haben wir das Thema Klimawandel erfolgreich in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eingebracht. Dieser hat daraufhin zum ersten Mal den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Sicherheit bestätigt und den Generalsekretär beauftragt, das Thema in seine Berichterstattung aufzunehmen. Was hier so lapidar klingt, ist ein wahrer Paradigmenwechsel. Das höchste Gremium der Völkergemeinschaft hat darin zum ersten Mal anerkannt, dass wir das Thema Klimawandel nicht Technokraten und verschlossenen Verhandlungen überlassen dürfen, sondern dass dies eine Herausforderung ist, die uns alle angeht und uns alle in die Pflicht nimmt.

Auch innerhalb der europäischen Union muss der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Sicherheit weiter in den Vordergrund rücken. Die EU muss sich auch außenpolitisch für effektiven Klimaschutz engagieren. Daher hat sich 2011 der Rat für Außenbeziehungen auf Initiative von Deutschland und Großbritannien zum ersten Mal mit Fragen der Klimadiplomatie befasst. Wichtiges Ergebnis ist die Stärkung des Europäischen Auswärtigen Dienstes in diesem Bereich. Im Jahr 2012 soll die Klimadiplomatie wieder auf der Tagesordnung des Außenrats stehen.

Darüber hinaus haben wir mehrere Konferenzen organisiert, um die genannten Aufgaben in die Tat umzusetzen: Eine hochrangige Konferenz unter dem Titel „Climate Diplomacy in Perspective - From Early Warning to Early Action“ fand im Oktober in Berlin statt.

Zusammen mit BMU, BMZ und wichtigen Forschungseinrichtungen tauschten wir uns im November über den Zusammenhang zwischen Politik und Wissenschaft aus.

Die Arbeit unserer Auslandsvertretungen habe ich schon erwähnt:

- In Moskau gab es Diskussionen zur Wirtschaftlichkeit von Klimaschutz,
- in Polen, Malaysia und Kenia haben Workshops zu Elektromobilität, Erneuerbaren und Ökotourismus stattgefunden.
- Parlamentarier aus Brasilien, Journalisten aus Russland, hochrangige Regierungsvertreter von pazifischen Inseln haben Studienreisen nach Deutschland unternommen.
- In La Paz hat die deutsche Botschaft eine wissenschaftliche Kooperation initiiert mit dem Ziel, Auswirkungen eines Temperaturanstiegs um 4°C auf Bolivien exemplarisch darzustellen.
- In Addis Abeba machten deutsche und äthiopische Künstler unter dem Titel „Examples to Follow“ Bevölkerung auf Zusammenhang von Gesundheit und Wasser-Umweltverschmutzung aufmerksam
- In Santo Domingo informierten sich energiepolitische Entscheidungsträger, Energieerzeuger sowie Vertreter von energie-intensiven Unternehmen über „Renewables – Made in Germany“

### **3. Hintergrund zu den anderen Diskussionsteilnehmern**

#### **3.1. Prof. Dr. Bernward Gesang**

- studierte Bonn Philosophie, Germanistik und Pädagogik,
- seit 2009 Professur an der Universität Mannheim;
- seit 2002 auch freie Journalist u.a. für SZ und FR.
- Buchautor: Klimaethik

#### **Thesen**

- Entscheidende Fragen der Klimaethik: Haben zukünftige Generationen absolute Rechte? Wie viele Lasten muss die gegenwärtige Generation für das Wohl künftiger Generationen schultern? Kann man von Schwellenländern fordern, ihre Entwicklung zu verlangsamen, um Klimaschutz zu betreiben?
- Gesang kritisiert die bisherigen, gerechtigkeitsorientierte Klimaethik und sucht nach einem Konsens zwischen verschiedenen Ethiken, der es erlaubt, politische Maßnahmen konkret zu bewerten.
-

### 3.2. Prof. Dr. Claus Leggewie

- Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), Gutachten: „Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation“
- Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen, seit 1989 Professor für Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen (beurlaubt),
- Gründungsdirektor des Zentrums für Medien und Interaktivität (ZMI) der Justus-Liebig-Universität Gießen
- Mitglied des Leitungsgremiums des DFG-Graduiertenkollegs „Transnationale Medienereignisse“ und des „Graduate Center for the Study of Culture“ (GCSC) an der Universität Gießen
- Herausgeber der „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Berlin und „Transit“, Wien
- Ehrendoktor der Theologischen Fakultät der Universität Rostock (2008) und Träger des Universitätspreises 2007 der Universität Duisburg-Essen
- Buchautor, zusammen mit Harald Welzer: „Das Ende der Welt, wie wir sie kannten“

#### Thesen:

- Welzer und Leggewie meinen, dass sich die zahlreichen Megakrisen von der Hunger- bis zur Finanzkrise zu einer einzigen Metakrise, einer Krise "auf höherer Stufe", verdichtet haben. Die Metakrise ist eine Systemkrise, die "die Endlichkeit eines Gesellschaftssystems" anzeigt, das rund 250 Jahre "erfolgreich" funktioniert hat: das industriekapitalistische Wirtschaftssystem, das auf Wachstum beruht.
- Gegen die aktuelle "Metakrise" setzen sie auf eine "Kulturrevolution des Alltags" - - durch eine "Außerparlamentarische Opposition 2.0."

## 4. Ergänzende Informationen zu den Themen Klimaethik/Generationengerechtigkeit

### 4.1. Maßnahmen der Bundesregierung

- o Eine nachhaltige Politik für alle Generationen ist eines der Leitprinzipien der Bundesregierung. Um wirtschaftlichen Wohlstand und soziales Wohlergehen sowohl für die heutige wie auch für zukünftige Generationen auf Dauer zu gewährleisten, sollten aktuelle Herausforderungen nicht den kommenden Generationen aufgebürdet werden. Nachhaltigkeit bedeutet somit nicht nur die Bewahrung der Umwelt, sondern explizit auch Generationengerechtigkeit und die Sicherung unserer Zukunft.
- o Mit dem Titel "Perspektiven für Deutschland" legte die Bundesregierung bereits 2002 eine Strategie zur nachhaltigen Entwicklung vor. Das Konzept war die nationale Antwort auf die "Agenda 21" - ein Aktionsprogramm der Vereinten Nationen (UN), welches 1992 auf dem Weltgipfel in Rio verabschiedet wurde. Die Strategie enthält politische Leitlinien, Maßnahmen und Projekte einer nachhaltigen Entwicklung. An insgesamt 21 Indikatoren werden die Fortschritte gemessen. Dazu gehören zum Beispiel Klimaschutz, Ressourcenverbrauch, Bildung, Staatsverschuldung und Perspektiven für Familien und Gleichstellung.
- o Der nächste Fortschrittsbericht der Bundesregierung ist für 2012 geplant. Mit Blick auf die dann stattfindende UN-Nachfolgekonferenz über nachhaltige Entwicklung (Rio+20) werden insbesondere die Themen "Nachhaltiges Wirtschaften" und "Wasserpolitik" im Mittelpunkt der

Berichterstattung stehen.

- Die Bundesregierung hat im Jahr 2001 den Rat für Nachhaltige Entwicklung berufen. Er berät sie in ihrer Nachhaltigkeitspolitik und soll mit Vorschlägen zu Zielen und Indikatoren zur Fortentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie beitragen sowie Projekte zur Umsetzung dieser Strategie vorschlagen.
- Eine weitere Aufgabe des Rates für Nachhaltige Entwicklung ist die Förderung des gesellschaftlichen Dialogs zur Nachhaltigkeit. Mit dem Aufzeigen von Folgen gesellschaftlichen Handelns und der Diskussion von Lösungsansätzen soll die Vorstellung von dem, was Nachhaltigkeitspolitik konkret bedeutet, bei allen Beteiligten und in der Bevölkerung verbessert werden.
- Für die Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung ist der "Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung" ein wichtiges Gremium. Zu seinen Aufgaben gehört, die nationale Nachhaltigkeitsstrategie umzusetzen, inhaltlich weiter zu entwickeln und den Stand der Umsetzung regelmäßig zu überprüfen.
- Außerdem ist der Ausschuss der Ansprechpartner für den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung, für die Länder und die kommunalen Spitzenverbände und für den Rat für Nachhaltige Entwicklung. Der Ausschuss arbeitet mit diesen Gremien in aktuellen Nachhaltigkeits-Themen zusammen.

#### 4.2. Generationengerechtigkeit

- Das Projekt Dialoge\_Zukunft\_Vision2050 hat überzeugende Visionen und Sichten auf das Jahr 2050 erbracht. Das Projekt basiert auf der Übertragung von Verantwortung von denjenigen, die heute Entscheidungen treffen, auf diejenigen, die als Generation der heute Unter-Siebenundzwanzigjährigen bis 2050 fast vierzig Jahre Lebenszeit vor sich haben, und die sie mit Entscheidungen in Beruf, Familie, Kommune und Unternehmen, Staat und Gesellschaft füllen werden.

Aus einer Rede der Bundeskanzlerin (vor dem Nachhaltigkeitsrat der BuReg, 2011):

- „Zum Thema Generationengerechtigkeit: Hier gibt es verschiedene Aspekte; einen möchte ich nennen, er hat etwas mit einer soliden Haushaltspolitik zu tun. Wir beschäftigen uns im Augenblick wieder sehr mit der Frage einer Schuldenkrise von Ländern im europäischen Raum. Umso eindringlicher wird uns vor Augen geführt, dass wir darauf achten müssen, dass unsere Haushaltspolitik nachhaltig ist. Die Schuldenbremse im Grundgesetz – so schwer es uns auch fällt, sie einzuhalten und zu erfüllen – ist die richtige Weichenstellung gewesen. Wenn ich mich

recht erinnere, ist der Nachhaltigkeitsrat da auch immer an unserer Seite gewesen. Es geht jetzt darum, dies auch umzusetzen. Für den Bund heißt das, bereits 2016 weitestgehend auf Neuverschuldung zu verzichten, und für die Länder heißt das, ab 2020 gar keine neuen Schulden mehr zu machen. Das wird noch sehr anspruchsvoll. Wenn wir uns überlegen, in welche Dinge wir mit Blick auf die Zukunft investieren müssen, ist die Aufgabe natürlich auch, eine vernünftige Balance von wirtschaftlichem Wachstum und Investitionen in ein nachhaltiges Wachstum zu schaffen.

*Forti. 1/2/2010*

- Die Haushaltsprobleme sind das eine. Das Zweite ist die Generationengerechtigkeit auch mit Blick auf den Ressourcenverbrauch. Keine Generation darf mehr verbrauchen, als sie regenerieren kann. Das bedeutet, dass wir sowohl in der Zusammenführung von Ökonomie und sozialer Balance als auch in der Zusammenführung von Ökonomie und Ökologie vor riesigen Aufgaben stehen. Deutschland und die Europäische Union haben hierzu eine beeindruckende Studie initiiert. Sie zeigt die ökonomische Bedeutung von Öko-Systemen und der Biodiversität....

#### 4.3. Klimaethik, Klimademokratie

- Wenn wir entschlossenes Handeln gegen den Klimawandel fordern, so bauen wir dabei auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens, der eine offenen Diskurs und Bereitschaft zum Kompromiss erfordert. Es ist nicht richtig, etwa mit Blick auf China zu fordern, dass zentralistische Strukturen nötig seien, um die notwendigen großen Veränderungen auf den Weg zu bringen.
- Insofern ist wenig von der These von Hans von Storch zu halten, der postulierte, dass die „Wissenschaftler zu Feinden der Freiheit werden“ könnten. Das halte ich für unsinnig. Was wir heute sehen, bestätigt eher das Gegenteil: Besonders in Ländern mit pluralistischer Gesellschaftsordnung und freier Meinungsäußerung wird eine ambitionierte Klimapolitik betrieben. Denn nur unter solchen freiheitlichen Umständen kann die rationale Diskussion, an deren Endpunkt eine Politik der Nachhaltigkeit steht, überhaupt erst stattfinden. Auch die USA werden – nach Überwindung ihrer innenpolitisch motivierten Blockaden – diesen Weg beschreiten, davon bin ich fest überzeugt.
- Lesehinweis: Nico Stehr und Hans von Storch „Klimapolitik: Wenn Forschern die Demokratie lästig wird“, Spiegel Online 29.12.2009
- Lesehinweis: Sommerakademie der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema „Demokratie und ökologischer Wandel“, im Juni 2010.

404-R

An: 404-0  
Cc: 330-R; 405-R  
Betreff: WG: SANTI\*32: Deutsch-chilenische Kooperation im Klimaschutz  
Anlagen: 10179413.db

Wichtigkeit: Niedrig

1) Mail- & Zgh:  
- 404-4  
- 404-HOSP  
- 410  
- BMW (IIA2) } 2x ✓

-----Ursprüngliche Nachricht-----  
Von: DE/DB-Gateway1 F M Z [mailto:de-gateway22@auswaertiges-amt.de]  
Gesendet: Freitag, 16. Mai 2014 19:25  
An: 404-R  
Betreff: SANTI\*32: Deutsch-chilenische Kooperation im Klimaschutz  
Wichtigkeit: Niedrig

2) zda ✓ 20/5

aus: SANTIAGO DE CHILE  
nr 32 vom 16.05.2014, 1324 oz

Fernschreiben (verschlüsselt) an 404

Auswärtiges Amt		100
Eing.	2569579	608
	19. MAI 2014	60
Tgb.Nr.	.....	12
Anl.	Dopp. ....	

Verfasser:  
Gz.: Wi-1. 468.40/2/13 161324  
Betr.: Deutsch-chilenische Kooperation im Klimaschutz  
hier: Erster Santiago Climate Talk - Thema 'Carbon Pricing'  
Bezug: DB Nr. 75 vom 23.12.2013 Gz. Wi-10-402.30  
Anlage: 1

-----Zur Unterrichtung-----

- Mit deutsch-chilenischem Dialogforum zum Thema Carbon Pricing und erstem "Santiago Climate Talk" konnte Botschaft Mythen über Emissionshandel ausräumen sowie objektive gesellschaftliche Diskussion zu Instrumentarium der Emissionsreduzierung und Klimaschutzanstrengungen CHL allgemein anstoßen.
- Thema angesichts eingebrachter Emissionssteuer der Regierung Bachelet hochaktuell und für Regierung sensibel. Panel mit bekannten Personen aus Regierung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie deutschem Experten aus Emissionshandelsstelle stieß auf großes Interesse bei Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in CHL. Vor allem offener Erfahrungsaustausch zu deutsch-/europäischem Ansatz sehr geschätzt.
- Mit zweitem deutsch-chilenischem Dialogforum innerhalb von 6 Monaten zum Thema Klimaschutz / erneuerbare Energien (vgl. BezugsDB) konnte Botschaft ihrem Vorhaben, in klima- und energiepolitischen Fragen den gesellschaftlichen Dialog anzustoßen, Kontinuität und Glaubwürdigkeit verleihen. Zudem Profil Deutschlands als Akteur und Partner in Sachen Klimaschutz und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung stärken.
- Gelder des AA-Klimafonds nachhaltig, öffentlichkeitswirksam und durch Kooperation mit EU effizient eingesetzt; durch Parallelität mit Seminar des International Carbon Action Partnership (ICAP) zudem regionaler Teilnehmerkreis. Dialogformate zu aktuellen klima- und energiepolitischen Themen sollten in CHL in jedem Fall fortgesetzt werden, nicht nur um Marke Climate Talks Glaubwürdigkeit zu verleihen, sondern auch um regierungsseitiges Engagement weiter einzufordern und Wirtschaft und Gesellschaft bei den Themen stärkere Rolle zuzuweisen.

II. Im Einzelnen

---- Großes Interesse bei Wirtschaft, Politik und Wissenschaft an erstem Santiago Climate Talk----

Erste Veranstaltung der Marke "Santiago Climate Talks" zum Thema "Carbon Pricing - Ein nützliches Instrument für eine nachhaltigere Wirtschaft?" war mit gut 100 Teilnehmern aus Wissenschaft, Regierung, und Wirtschaft "ausverkauft". Vorhergehende Podiumsdiskussion im Dezember letzten Jahres zum Thema "Energiewende" war bereits auf großes Interesse bei Unternehmen und Regierung gestoßen (vgl. BezugsDB). Sowohl Kenntniserwerb zur Energiewende als auch Generierung eines - bisher kaum vorhandenen - gesamtgesellschaftlichen Dialogs zu wichtigen Fragestellungen chilenischer Wirtschaft hoch geschätzt.

Veranstaltung wurde durch Mittel des Klimafonds des AA gefördert. Durch Parallelität mit ICAP-Seminar konnten Synergien genutzt (v.a. Rückgriff auf dortigen deutschen Experten) und regionaler Teilnehmerkreis erreicht werden. Heidelberg Center für Lateinamerika bot für Veranstaltung nicht nur repräsentativ-akademischen sondern gleichzeitig deutschen Rahmen. Durch renommierte Fachzeitschrift Electricidad als Media Partner konnten zudem neue Akteure im Klimaschutz für Botschaftsnetzwerk gewonnen werden.

---hoch aktuelles Thema und anerkannte Experten----

Thema der Podiumsdiskussion aufgrund derzeitiger Debatte zu von Regierung Bachelet vorgeschlagener Emissionssteuer für feststehende Industrieanlagen hoch aktuell und sensibel. Vor allem Energieministerium, das ebenfalls im Panel vertreten sein sollte, befürchtete durch Dialogveranstaltung unnötig öffentliche Diskussion zu bisher im Rahmen der Debatte um Steuerreform wenig kontroverser Emissionssteuer zu entfachen. Dies erst recht, als einer der Panelisten im Vorfeld der Veranstaltung durch Kommentare in Tageszeitungen zum Thema und zur fehlenden Diskussion Stellung bezogen hatten.

Panel war mit Dr. Jürgen Landgrebe, Leiter der Abteilung Energieanlagen, Luftverkehr, Register und ökonomische Grundsatzfragen bei der Deutschen Emissionshandelsstelle, Dr. Nicola Borregard, Leiterin der Abteilung Nachhaltigkeit im Energieministerium, René Muga, Vizepräsident der Vereinigung der großen Energieerzeuger, und Sara Larrain, Direktorin der NGO Chile Sustentable, als Moderatorin kompetent und repräsentativ besetzt. Format mit Impulsvortrag des deutschen Experten zu den verschiedenen Emissionsreduzierungsinstrumenten samt deutsch-europäischer Erfahrungen mit dem Emissionshandel, Stellungnahme der chilenischen Experten und anschließender Diskussion unter Einbeziehung des Publikums ermöglichte fachlich profunden Austausch der verschiedenen Perspektiven und Argumente.

----Fazit: Carbon Pricing nur ein Baustein bei Klimaschutzpolitik, geplante Emissionssteuer in CHL umstritten----

Inhaltlich bestand Einigkeit bei Panelisten und Teilnehmern, dass kein Allheilmittel zur Emissionsreduzierung existiert und sowohl Emissionssteuer als auch Emissionshandel nur einen Baustein in einer Klimaschutzpolitik darstellen, die durch weitere Anstrengungen u.a. bei Energieeffizienz, erneuerbaren Energien ergänzt werden muss. Impulsvortrag des deutschen Experten als sehr informativ und nützlich gewertet, insbesondere objektive Darstellung der verschiedenen Emissionsreduzierungsinstrumente mit ihren Vor- und Nachteilen sowie sehr offener Bericht zu deutschen-europäischen Erfahrungen mit Emissionshandel.

Schwerpunkt der Diskussion lag - wie zu erwarten - auf aktuellem Vorschlag der Regierung Bachelet zur Emissionsbesteuerung. Danach sollen Emissionen aus Heizkesseln und Turbinen mit einer Kraft von 50 MWt oder mehr mit 5 USD pro Tonne besteuert werden. Vertreter der Energieunternehmen kritisierten Vorschlag als ungerechtfertigte Belastung, da Hauptemissionen in Chile von Holzverbrennung in Privathaushalten und Verkehr verursacht würden, und werteten Steuer als Nachteil für Wirtschaftsstandort Chile. Erst wenn auch andere Nationen wie China oder Nachbarstaaten entsprechende Anstrengungen unternähmen, müsse Chile, das bisher nur für 0,2 % der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich sei, weitere Maßnahmen ergreifen.

N. Borregard vom Energieministerium verteidigte aktuellen Vorschlag der Emissionsbesteuerung fest installierter Industrieanlagen. Steuer von 5 USD pro Tonne sei nur symbolischer Natur, Instrument werde durch weitere



Maßnahmen (u.a. aktuell ebenfalls geplante Steuer auf Diesel PKW, Pläne zur Energieeffizienz etc.) ergänzt. Chile könne aber in Liste der Staaten, die Maßnahmen zur Emissionsreduzierung unternehmen, nicht weiter außen vorbleiben. S. Larrain relativierte ebenfalls Belastung der Unternehmen mit Blick auf geringe Höhe der geplanten Steuer und machte deutlich, dass diese von weiteren Anstrengungen der Regierung begleitet werden müsste.

### III. Wertung

Mit Dialogveranstaltung zu Carbon Pricing konnte Botschaft erneut Diskussion in einem für Chile wichtigen Thema anstoßen und durch Fakten zu den vorhandenen Emissionsminderungssystemen sowie Erfahrungsberichten versachlichen. Mythen zu Emissionshandel und anderen -Minderungsmaßnahmen als "Allheilmittel" oder "Wirtschaftskiller" konnten relativiert oder aufgedeckt werden und Blick auf aktuellen Vorschlag der chilenischen Regierung zur Emissionssteuer versachlicht und an Fakten ausgerichtet werden.

Veranstaltung lebte von Prominenz und Kompetenz der Experten sowie Aktualität des Themas. Parallelität mit ICAP-Seminar nicht nur kostenmäßig (Einsparung der Reise- und Aufenthaltskosten des deutschen Experten), sondern auch mit Blick auf dadurch erzielten regionalen Teilnehmerkreis sehr sinnvoll. Geplante Kooperation mit GBR leider aus haushaltspolitischen Gründen diesmal dort nicht möglich.

Durch zweite Dialogveranstaltung innerhalb von 6 Monaten zu klimapolitischen Themen konnte Botschaft Profil Deutschlands als kompetenter Akteur und Partner bei Klimaschutzfragen schärfen. Durch Aktualität des Themas sich zudem als relevanter Akteur für tagespolitische Fragen in chilenischer Gesellschaft, Wirtschaft und Politik beweisen.

Einführung der Marke "Santiago Climate Talks" mit Blick auf bisher unzureichende Rolle von Wirtschaft und Gesellschaft bei klimapolitischen Themen sehr sinnvoll, bedeutet aber auch Verpflichtung, weitere Veranstaltungen der Art folgen zu lassen. Hierbei wird Botschaft verstärkt Kooperationen mit Partnern (AHK, GBR, EU etc.) nutzen, um zusätzlichen Arbeitsaufwand bewältigen zu können. Botschaft bittet zudem um möglichst frühzeitige Reiseankündigung von Energie/Umwelt/Klimaexperten aus BMUB, Bundesverwaltung/Wirtschaft, um entsprechende Synergien nutzen zu können. Ggf. bietet hier Ende des Jahres stattfindende COP in Peru bereits entsprechende Möglichkeiten.


Programm wird als Anlage per Mail an Empfängerkreis gesandt.



<<10179413.db>>


-----  
Verteiler und FS-Kopfdaten  
-----

VON: FMZ  

BETREFF: SANTI\*32: Deutsch-chilenische Kooperation im Klimaschutz  
PRIORITÄT: 0

---




Verteiler: 23  
Dok-ID: KSAD025802960600 <TID=101794130600>

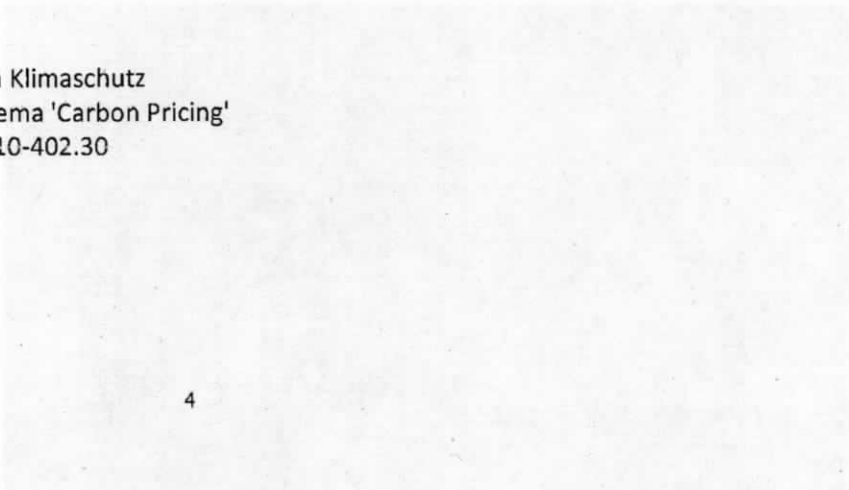
aus: SANTIAGO DE CHILE  
nr 32 vom 16.05.2014, 1324 oz  
an: AUSWAERTIGES AMT

---

Fernschreiben (verschlüsselt) an 404  
eingegangen: 16.05.2014, 1924


Verfasser:   
Gz.: Wi-1. 468.40/2/13 161324  
Betr.: Deutsch-chilenische Kooperation im Klimaschutz  
hier: Erster Santiago Climate Talk - Thema 'Carbon Pricing'  
Bezug: DB Nr. 75 vom 23.12.2013 Gz. Wi-10-402.30  
Anlage: 1





Embajada  
de la República Federal de Alemania  
Santiago de Chile



Santiago Climate Talks

PROGRAMA

**CARBON PRICING**

**-¿INSTRUMENTO ÚTIL PARA UNA ECONOMÍA MÁS SUSTENTABLE?-**

Foro de debate entre Alemania y Chile

*Santiago de Chile, jueves 8 de mayo de 2014 a las 18:00 horas*  
*Heidelberg Center para América Latina, Las Hortensias 2340, Providencia*

**PONENTES:** - Dr. Jürgen Landgrebe, Oficina Alemana para el Comercio de Emisiones (DEHSt)

- Dr. Nicola Borregaard, Ministerio de Energía

- René Muga, Generadoras de Chile A.G.

**MODERACIÓN:** - Sara Larraín, Chile Sustentable

- ❖ **Bienvenida**
  - *Embajador Hans-Henning Blomeyer-Bartenstein*
- ❖ **Presentación del tema y de los expertos**
  - *Sara Larraín*
- ❖ **"Carbon trading and pricing en Alemania y Europa"? ¿Cómo y a dónde vamos?**
  - *Dr. Jürgen Landgrebe*
- ❖ **Respuesta de los expertos chilenos - situación y desafíos en Chile**
  - *visión empresarial - René Muga*
  - *visión política-ciudadana - Dr. Nicola Borregaard*
- ❖ **Debate entre expertos chilenos y alemanes, moderado por Sara Larraín**

❖ **Preguntas y comentarios del público**

❖ **Conclusión del debate**

▪ *Sara Larraín*

❖ **Cóctel**



**DR. JÜRGEN LANDGREBE**

Director del Departamento de "Plantas de energía, aviación, registro y aspectos económicos" de la Oficina Alemana para el Comercio de Emisiones (DEHSt). Doctorado en ingeniería ambiental era investigador en la Oficina Federal del Medio Ambiente de Alemania desde 1992 abocándose a la prevención integral de la contaminación. Ha sido Director de la sección de "Medio Ambiente y Energía". Es responsable de la coordinación y del control de emisiones y asuntos económicos y tecnológicos en la DEHSt desde 2004.

**DR. NICOLA BORREGAARD**

Jefe de la División de Desarrollo Sustentable del Ministerio de Energía. Anteriormente Gerente de Energía y Cambio Climático de la Fundación Chile y parte del Comité Directivo de Escenarios Energéticos 2030, planteando un enfoque en el diálogo social para la planificación energética de Chile. Miembro del Consejo Consultivo del Ministerio del Medio Ambiente. De nacionalidad alemana, vive en Chile desde 1993. Estudios en Estados Unidos e Inglaterra. PhD en Economía de Recursos Naturales de la Universidad de Cambridge y Master of Arts en Economía en la Universidad de Suny.



**RENÉ MUGA**

Vicepresidente Ejecutivo de la Asociación Gremial de Generadoras de Chile. Es ingeniero comercial y licenciado en economía de la P. Universidad Católica de Chile con diplomado en estudios norteamericanos de la Universidad de California San Diego. Fue entre otras cosas director de Desarrollo de Negocios en Codeico y director ejecutivo del Consejo Asesor Empresarial del Foro de Cooperación Económica Asia-Pacífico. Se desempeñó como Consejero Económico en la Misión de Chile ante la UE en Bruselas.



**MODERACIÓN: SARA LARRAÍN**

Directora del Programa Chile Sustentable. Ha sido fundadora y directora de la oficina de Greenpeace Chile, co-fundadora de la Red Nacional de Acción Ecológica-RENACE y Directora del Programa Chile Sustentable desde 1997. Ha participado en la formulación de políticas públicas en materia de medioambiente y energía, tales como la Ley Corta I y II en 2004 y 2005, la ley que creó el Ministerio de Medio Ambiente, la ley de Generación Residencial en 2012 y las leyes de promoción de Energías Renovables No Convencionales en 2008 y 2013.



**Patrocinan:**



International Carbon  
Action Partnership



COMERCIO-ALIANZA



UNION EUROPEA

**Media Partner:**



Electricidad



UNIVERSITÄT  
HEIDELBERG  
HEIDELBERG CENTER  
PARA AMÉRICA LATINA



PROG R A M A  
CHILE SUSTENTABLE  
Propuesta Ciudadana para el Cambio



Umwelt  
Bundesamt



DEHSt  
Deutscher  
Emissionshandelsservice

35 8/12

08. Dez. 2014  
030-StS-Durchlauf- 6 4 5 4

Referat 404  
Gz.: 468.40/P  
RL: VLR.I  
Verf.: Referentin

Berlin, 5.12.2014

HR  
HR

Herrn Staatssekretär

St 8/12

22.12.14 10/17

StS St → Ref. 404 zuU  
St 8/12

nachrichtlich:  
Herrn Staatsminister Roth  
Frau Staatsministerin Böhmer

Betr.: Internationale Klimapolitik  
hier: Nationales Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 der Bundesregierung

Anlg.: Aktionsprogramm Klimaschutz 2020

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

**1. Zusammenfassung**

Am 3.12. beschloss das Bundeskabinett das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 (KAP) zusammen mit dem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) und dem Fortschrittsbericht Energiewende. Das KAP (ff. BMUB) enthält einen umfangreichen Katalog an Klimaschutzmaßnahmen, die sicherstellen sollen, dass Deutschland bis 2020 sein selbstgestecktes nationales Klimaschutzziel von -40% seiner Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 doch noch erreicht. KAP hat das Potential schwelende Unsicherheit über Erreichbarkeit der ehrgeizigen deutschen Klimaziele zu beenden: Unternehmen erhalten die von ihnen geforderte Investitionssicherheit. Im internationalen Diskurs schließt DEU zu USA und CHN auf, die unlängst mit einer stark beachteteten (aber wenig ambitionierten) bilateralen Klimaschutzvereinbarung das Feld besetzt haben. Rolle DEUs

Verteiler:  
(mit Anlage)



und der EU bei den aktuellen Klimaverhandlungen in Lima wird damit gestärkt, Argumente der EL und Klimaschutzgegner werden entkäftet.

## **II. Im Einzelnen**

**Ausgangslage: Klimaschutzlücke bis 2020:** Bundesregierung hatte 2007 in Meseberg beschlossen, Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40% gegenüber 1990 zu reduzieren. Aktuelle Gutachten im Auftrag des BMUB und BMWi stellen jedoch bis 2020 eine Minderungslücke von 5 bis 8 % fest. Durch die bis 2014 beschlossenen Maßnahmen würde also nur eine Minderung zwischen 32–35% bis 2020 erreicht. Ohne erhebliche zusätzliche Anstrengungen drohte Deutschland sein selbst gestecktes Klimaziel zu verfehlen. Das KAP soll diese Lücke nun durch zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen schließen. Den größten Teil der zusätzlichen Minderungen soll der Bereich Energieeffizienz beitragen (NAPE des BMWi mit 25–30 Mio. t). Weitere Minderungen sollen im Verkehrssektor (7–10 Mio. t), in der Landwirtschaft (3,5 Mio. t) und in Industrie, Handel, Dienstleistungen und Abfallwirtschaft (ca. 8 Mio. t) und im Energiesektor erzielt werden.

**Streitpunkt Minderungsbeitrag des Energiesektors:** Der Beitrag des Energiesektors war im Vorfeld sehr umstritten. Nach Einigung in letzter Minute zwischen BMUB und BMWi enthält das KAP nun auch ein verbindliches Einsparziel für den Kraftwerkspark von 22 Mio. t CO<sub>2</sub> für den Zeitraum 2016 bis 2020. BM Gabriel will Anfang 2015 einen detaillierten Gesetzesvorschlag vorlegen, um feste Emissionsobergrenzen für den Kraftwerkspark einzuführen und die Verpflichtungen auf einzelne Energieversorger entlang „historischer Emissionen“ zu verteilen. In der aktuellen Stunde kündigte BM Gabriel im Bundestag auch an, dass die im Projektionsbericht der BReg 2013 geschätzten Einsparungen von 70 Mio t. CO<sub>2</sub> bis 2020 im Bereich des Kraftwerksparks (basierend insb. auf Kraftwerken die z.B. altersabhängig bereits als abgängig eingestuft wurden) zusätzlich ebenfalls verbindlich gemacht werden sollen. Insgesamt würde das nach Medienberichten eine Minderung von fast einem Viertel der bisherigen Emissionen im Kraftwerkspark bedeuten.

**Offene Fragen: Finanzierungsvorbehalt und Umsetzung:** Greenpeace sieht im KAP aufgrund des verbindlichen Einsparungsziels im Energiesektor den „Einstieg in den Kohlausstieg“. Andere bezweifeln hingegen ob das Maßnahmenpaket ausreicht, um das deutsche Klimaziel zu erreichen. Zwar wurde im KAP Wert auf konservative Berechnungen möglicher Minderungseffekte gelegt, gleichzeitig ist die Umsetzung vieler Maßnahmen noch offen oder mit Prüfaufträgen versehen. Auch enthält das KAP auf Wunsch des BMF einen generellen Finanzierungsvorbehalt. Dabei geht es insbesondere um die noch offene Frage der Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern bei der steuerlichen Förderung im Bereich der energetischen Gebäudesanierung.

### III. Wertung

Das Klimaaktionsprogramm setzt ein wichtiges Signal und beendet weitgehend die Verunsicherung über die Erreichbarkeit der nationalen Klimaziele. Damit wird für Unternehmen eine dringend notwendige Basis für langfristige Investitionen geschaffen, da durch das KAP indirekt auch das deutsche Klimaziel von -55% bis 2030 bekräftigt wurde. International wird der Beschluss des KAP die Glaubwürdigkeit DEUs erhöhen. DEU und die EU standen und stehen international zunehmend unter Druck, den ambitionierten Zielen auch Taten folgen zu lassen.

Mit Blick auf die derzeit laufende VN-Klimakonferenz in Lima (1.-12. Dezember 2014) erhöht das KAP auch das internationale Momentum, um die existierende Ambitionsücke im internationalen Klimaschutz bis 2020, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des für nächstes Jahr erwarteten Klimaschutzabkommens, zu schließen.

Nachdem USA und CHN unlängst mit einer bilateralen (in der Summe nicht sehr ambitionierten) Klimaschutzvereinbarung das Feld besetzten, sollte unsere klimaaußenpolitische Kommunikation darauf zielen, DEU wieder als Schrittmacher der int. Klimadebatte ins Spiel zu bringen.

Mit der deutschen G7-Präsidentschaft 2015, dem Abschluss der Post-2015-Agenda und dem Pariser Klimagipfel Ende 2015 dürfte das Thema Klima wieder stärker in den Fokus der Öffentlichkeit rücken. Mit dem KAP ist ein erster Schritt in die richtige Richtung gemacht, es kommt jetzt auf die Umsetzung an.

Ref. 410 hat mitgezeichnet.

Hat 4-B-2 vorgelegen.



*Q → 404-468.40/2, Original 34.01  
(mit weiteren Unterlagen)  
Reg 404: Alle z.d.A. Danke! daty 05/10/16*

404-01 [redacted]

Von: 404-0 [redacted]  
Gesendet: Mittwoch, 2. Dezember 2015 10:04  
An: 404-01 [redacted]  
Cc: 404-RL [redacted]; 404-1 [redacted]  
Betreff: zwV - Frist 10.12. (10 Uhr) - KabVorlage BMUB: Fortschrittsbericht DAS Klimawandel  
Anlagen: KabVorl\_BMUB\_Fortschrittsbericht DAS Klimawandel.pdf; Bearbeitungshinweis\_O-TOP.docx; NEU\_Muster\_Alt 1a.docx; NEU\_Muster\_Alt 1b.docx; NEU\_Muster\_Alt 2.docx

Wichtigkeit: Hoch

Von: 011-60 [redacted]  
Gesendet: Mittwoch, 2. Dezember 2015 09:59  
An: 404-R [redacted]; 404-RL [redacted]; 404-0 [redacted]  
Cc: 011-6 [redacted]; 011-RL [redacted]  
Betreff: FRIST: Donnerstag, 10.12. / 10.00 Uhr - KabVorlage BMUB: Fortschrittsbericht DAS Klimawandel  
Wichtigkeit: Hoch

**KABINETTSACHE**  
SOFORT AUF DEN TISCH  
VON HAND ZU HAND WEITERGEBEN

Referat 011  
02.12.2015  
Gz.: 011-60-301.23

Berlin,  
HR: [redacted]

An das  
Referat 404  
im Hause

Die Kabinetttvorlage erscheint am 16.12.2015 als ordentlicher Tagesordnungspunkt (mit Aussprache) auf der Tagesordnung des Kabinetts.

Hierzu wird eine Aufzeichnung (siehe Anl.) erbeten  
**bis Donnerstag, 10.12.2015, 10.00 Uhr.**

In dortiger Verantwortung, ggfs. unter Beteiligung weiterer betroffener Arbeitseinheiten, sollte geprüft werden, inwieweit in der Kabinetttvorlage Belange mit Auswirkungen auf das Auswärtige Amt und/oder spezifische Belange der Bediensteten des Auswärtigen Amtes berührt sind.

Es wird gebeten, zu dortiger Aufzeichnung die Beteiligung der von dieser Kabinetttvorlage betroffenen Referate sicherzustellen bzw. deren Mitzeichnung einzuholen. Doppel der Kabinetttvorlage erhalten unmittelbar durch Ref. 011 die im Mailverteiler angegebenen Referate.

404-R [REDACTED]

468.90/2

**Von:** 404-0 [REDACTED]  
**Gesendet:** Montag, 25. Januar 2016 16:05  
**An:** 404-R [REDACTED]  
**Betreff:** zdA - AstV-2- Weisung zu RfAB-Vorbereitung (einschl. TOP Klima)  
**Anlagen:** W2571 AstV-2-II Vorbereitung RfAB.doc

**Kategorien:** z.d.A.

Liebe Frau [REDACTED]  
die EU bereitet einen Klimadiplomatieaktionsplan 2016 vor. Einen ähnlichen Plan gab es letztes Jahr. Welches Az verwenden Sie hierfür? Dorthin sollte auch die anliegende E-Mail nebst Anlage.

Mit freundlichem Gruß  
[REDACTED]

---

**Von:** 404-1 [REDACTED]  
**Gesendet:** Montag, 25. Januar 2016 14:40  
**An:** EUKOR-3 [REDACTED]  
**Cc:** 404-0 [REDACTED]  
**Betreff:** WG: Frist heute DS: AstV-2- Weisungsentwurf zu RfAB-Vorbereitung

Danke,  
für 404 zeichne ich mit

---

**Von:** EUKOR-3 [REDACTED]  
**Gesendet:** Montag, 25. Januar 2016 14:37  
**An:** 404-1 [REDACTED]  
**Cc:** EUKOR-2 [REDACTED]  
**Betreff:** Frist heute DS: AstV-2- Weisungsentwurf zu RfAB-Vorbereitung

Liebe [REDACTED]

beim AstV-2 geht es nicht um den Inhalt der einzelnen Themen, sondern primär nur um die Festlegung der TOPs an sich. Im Anhang mein Entwurf mit der Bitte um Deine MZ (ggf. allenfalls sehr knappe Ergänzung) bis heute DS.

Danke und viele Grüße,  
[REDACTED]

---

**Von:** 404-1 [REDACTED]  
**Gesendet:** Montag, 25. Januar 2016 14:33  
**An:** EUKOR-3 [REDACTED]  
**Cc:** EUKOR-2 [REDACTED]  
**Betreff:**

Liebe [REDACTED]

hier schon mal das Non Paper (Aktionsplan). Ich mache dazu gerade noch eine PSK Weisung für Herrn [REDACTED] dazu – kann ich das dann auch für AstV nutzen?



~~VS-rfD~~ aufgehoben am 15.05.2019  
SH (EU-K)

## Auswärtiges Amt

Europäische Koordinierungsgruppe (EU-K)

Erstellt von Ressort/Referat: AA/EUKOR

Beteiligte Referate: 205, 209, 312, 313, 320, S05.

## 2571. AStV-2 am 27.1.2016

### II-Punkt

**TOP**            **Vorstellung der Tagesordnung des Rats für Auswärtige  
Angelegenheiten am 15. Februar 2016 in Brüssel**

### Weisung

#### 1. Ziel des Vorsitzes

Unterrichtung durch EAD zum Stand der Vorbereitungen.

#### 2. Deutsches Verhandlungsziel/Weisungstenor

- TOP LBY: Kenntnisnahme.
- TOP MDA: Kenntnisnahme.
- TOP BLR, inkl. RSF zu BLR: Kenntnisnahme.
- TOP BIH/Westlicher Balkan: Kenntnisnahme.
- TOP ZAF: RfAB-Befassung derzeit nicht prioritär.
- TOP (ggf. nur A-Punkt) Klimadiplomatie: Kenntnisnahme.
- Mittagessen mit LBN AM: Kenntnisnahme.
- AOB: Kenntnisnahme.

#### 3. Sprechpunkte

- **In view of the considerable number of topics currently envisaged, we would put priority on the discussion on LBY, MDA, BLR and BIH.**

#### 4. Sachstand

In der PSK-Sitzung am 19.1. stellte EAD mündlich folgende tentative Aussprachepunkte für den RfAB am 15.2. in Aussicht (Antici-Note liegt noch nicht vor):

- o LBY
- o MDA
- o BLR
- o BIH/Westlicher Balkan (tbc)
- o Südafrika (tbc).

Zum Mittagessen ist der LBN Außenminister eingeladen.

Darüber hinaus scheint TOP Klimadiplomatie vorgesehen, evtl. nur als A-Punkt.

404-R [REDACTED]

Kopie Ø!!

**Von:** E22-2 [REDACTED]  
**Gesendet:** Dienstag, 8. November 2016 17:39  
**An:** 404-R [REDACTED]  
**Cc:** E22-RI [REDACTED] E22-0 [REDACTED] E22-F [REDACTED]  
 .PRAG WI- [REDACTED]  
**Betreff:** CZE Démarche zum Klimaschutzplan  
**Anlagen:** CZE VN zum Klimaschutzplan 2050.pdf  
**Kategorien:** ??; drucken & Fach

402.30 CZE

Liebe KollegInnen,

zola CH 2/16

Auswärtiges Amt		404
Empf.	09. NOV. 2016	468
Teb.Nr.		40/2
Aut.	Date:	

gerade waren der tschechische Botschafter und die Gesandtin hier, übergaben beiliegende Verbalnote, und verdeutlichten ausführlich die tschechische Besorgnis angesichts der morgen bevorstehenden Verabschiedung des Bundesklimaschutzplanes. Insbesondere wegen der Passagen zu einem Investitionsstopp in Braunkohle befürchtet die CZE Regierung direkte Auswirkungen auf Beschäftigungssituation und soziale Struktur – es stelle sich die Frage, ob dies Implikationen für den Kauf der Braunkohleabbaustätten durch die tschechische EPH von Vattenfall haben werde? Der Botschafter verwies auf die DEU völkerrechtlichen Verpflichtungen, insbesondere aus dem bilateralen Investitionsschutzvertrag aus den 1990er Jahren, sowie aus dem Energiecharta-Vertrag.

[REDACTED] BKAm, habe man eine Kopie dieser Verbalnote zukommen lassen.

Auch unser Botschafter in Prag wurde durch das CZE Außenministerium über die tschechische Besorgnis unterrichtet.

Das Original der Verbalnote lasse ich Ihnen zwV zukommen.

Beste Grüße

[REDACTED]

Referentin für Tschechien  
und die Slowakei

Auswärtiges Amt  
Tel: +49 (0) 30 9 [REDACTED]  
E-Mail: e22-2@[REDACTED]

2) Bitte zdA

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]



[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]